

## Verbrechen und Vergehen gegen Religion und Sittlichkeit in Österreich-Ungarn.

Von Oberlandesgerichtsrat F. v. Gernerth.

Es ist ebenso lehrreich als interessant, die Gesetzgebungen zweier zu einem Reiche verbundenen Ländergruppen in jenem Punkte zu vergleichen, wo der jeweilige Kulturzustand am schärfsten zum Ausdruck gelangt; wir meinen den Kreis der Delikte, die sich auf Religion und Sittlichkeit beziehen. Diese Vergleichung gewinnt an Wert und Bedeutung, wenn, was hier zutrifft, die beiderseitigen Operate ungefähr in dieselbe Zeit fallen. Denn der vom österreichischen Justizminister, Grafen Schönborn, im April v. J. dem Abgeordnetenhaus vorgelegte Strafgesetz-Entwurf, den wir hier zum Objekte der Vergleichung wählen, da das geltende österreichische Strafgesetz schon aus dem Beginne dieses Jahrhunderts stammt, ist im großen und ganzen eine Reproduktion des Glaser'schen Entwurfes aus dem Jahre 1874, während das ungarische Strafgesetzbuch über Verbrechen und Vergehen mit Gesetzartikel V vom Jahre 1878 ins Leben trat. Abgesehen von diesem Zeitumstände hat beiden Gesetzesarbeiten vornehmlich das Strafgesetz für das Deutsche Reich zur Grundlage gedient. Die Abweichungen hiervon nun einerseits, sowie anderseits die Verschiedenheit und Eigentümlichkeit der Einzelbestimmungen, welche der eine und andre Teil in dem erwähnten Deliktsgebiete zu treffen für angemessen erachtet hat, geben das Gesamtbild dessen, was wir in diesen Zeilen zu zeichnen uns vorgenommen haben.

Vorerst muß an die gewaltige Kluft erinnert werden, welche zwischen beiden Reichshälften in bezug auf die Tradition der Strafgesetzgebung besteht. In Österreich lag, als man zur jüngsten

Kodifikation schritt, eine großartige und stetig entwickelte Kulturarbeit auf dem Gebiete des Strafrechts zur Richtschnur und Benutzung vor. Die Theresiana, das Josefianische Gesetzbuch, das Strafgesetzbuch vom Jahre 1803 mit der neuerlichen Auflage von 1852, sie bilden ebenso viele Etappen in der mehr als hundertjährigen Entwicklung des Strafrechts, und es erschien nicht schwer, an der langen Kette dieser Erfahrungen weiter zu schmieden. Anders in Ungarn. Hier gab es bis in die jüngste Zeit, das kurze Interregnum der österreichischen Gesetzgebung (1850—1860) ausgenommen, keine geschlossene Kodifikation in Strafsachen. Einzelne dürftige Partikulargesetze, zerstreut im Raume und nach Maßgabe des zufälligen Bedürfnisses in den verschiedensten Zeiten hervorgerufen, bildeten die spärlichen Quellen für die Strafrechtspflege; das Schwergewicht lag in dem „*liberum arbitrium judicis*“. Der Verfasser des gegenwärtigen ungarischen Strafgesetzbuches — Senatspräsident Csemeghi — hat daher ganz recht daran gethan, daß er mit Übergehung des bereits veralteten einheimischen Entwurfs gleich an die letzten praktischen Ergebnisse der Strafrechtswissenschaft, wie sie namentlich im deutschen Strafgesetzbuche Ausdruck gefunden haben, anknüpfte und danach zur Ausarbeitung des neuen Strafgesetzes für Ungarn unter steter Bedachtnahme auf die besonderen Verhältnisse des Landes schritt.

\* \* \*

Zu den einzelnen Delikten übergehend, wenden wir uns zuerst zur Gruppe derjenigen, welche sich auf die Religion beziehen. In der von Dr. Gustav Steinbach verfaßten und vom königl. ungarischen Justizministerium herausgegebenen deutschen Übersetzung des ungarischen Strafgesetzes lautet die Überschrift des von den Religionsdelikten handelnden Hauptstückes: „Verbrechen und Vergehen gegen die freie Religionsübung“. Allein damit wird der Inhalt des genannten Hauptstückes keineswegs erschöpft. Und in der That zeigt die Vergleichung der Übersetzung mit dem ungarischen Originaltexte, daß diese Überschrift genau zu lauten hätte: „Verbrechen und Vergehen gegen die Religion und deren ungestörte Übung“, womit erst obiger Bedingung entsprochen wird. Das Hauptstück selbst besteht, wie dies auch beim deutschen Strafgesetze der Fall ist, nur aus drei Paragraphen. Die beiden ersten (§§ 190 und 191) enthalten die in präciser Form gefaßte Resapitulation der §§ 166 und 167 des deutschen Strafgesetzes; der letzte (§ 192)

nimmt des Zusammenhanges wegen die Beleidigungen der Seelsorger in Ausübung ihres Berufes auf. Dagegen finden sich die Strafbestimmungen über Wegnahme von Leichen, Zerstören von Gräbern u. dgl. unter den Kapiteln über Diebstahl und Sachbeschädigung. Die Bestrafung der Religionsdelikte ist im ungarischen Gesetze viel gelinder (Ges. bis zu einem Jahre, bezw. sechs Monaten gegen Ges. bis zu drei Jahren des deutsch. Gesetzes). Dafür aber kommen dort neben den Freiheitsstrafen auch nicht unbedeutende Geldbußen zur Anwendung, was mit Rücksicht auf das Wesen dieser Delikte allerdings befremdlich erscheint. Auch die Beleidigung der Seelsorger wird nebst Gefängnis bis zu einem Jahre an Geld bis zu fünfhundert Gulden bestraft. Während die Religionsdelikte selbst nur als Vergehen behandelt werden, wird dagegen derjenige, der den Seelsorger während einer gottesdienstlichen Verrichtung körperlich verletzt, eines Verbrechens schuldig und mit Kerker bis zu zwei Jahren bestraft. Eigentümlich ist endlich, daß im ungar. Gesetze der Ausdruck „Gotteslästerung“ gänzlich vermieden und dafür nur der auch im deutschen Strafgesetze enthaltene Thatbestand: „Erregung eines öffentlichen Argernisses durch beschimpfende Ausdrücke gegen Gott“ aufgenommen ist.

Jedenfalls ist es anerkennenswert, daß die ungarische Gesetzgebung in dieser heiklen Materie nicht neue unbekannte Wege aufsuchte, sondern im engen Anschlusse an das deutsche Strafgesetz blieb, wodurch Abstraktionen vermieden wurden, die häufig nur zu Mißverständnissen und unrichtigen Auslegungen des Gesetzes führen. Vielmehr hat das letztere nur ein streng begrenztes, praktisches Ziel vor Augen, indem es, Zeuge seiner Bestimmungen, einerseits die Staatsangehörigen vor gröblicher Beleidigung ihrer religiösen Überzeugung, andererseits die verschiedenen Religionsgesellschaften vor Behinderung, Störung und Beschimpfung ihrer gottesdienstlichen Verrichtungen schützt.

In etwas weiterem Umfange und unter Androhung fast durchgehends strengerer Strafen behandelt der jüngste österreichische Entwurf die strafbaren Handlungen, welche sich auf die Religion beziehen. Er weicht hierin auch in einigen wesentlichen Punkten von jenem Entwurfe ab, der seiner Zeit von Glaser vorgelegt und seitens des Ausschusses des österreichischen Abgeordnetenhauses durchberaten wurde. Was namentlich die Gotteslästerung betrifft, so dürfte nicht leicht ein andres Delikt des österreichischen Strafrechts

im Laufe der Zeiten größere Wandlungen erfahren haben als das oben genannte. Von der Theresiana an die Spitze aller halsgerichtlichen Verbrechen gestellt und mit den grausamsten Todesstrafen bedroht, erklärt das Josefinitische Strafgesetz den Gotteslästerer für einen Wahnsinnigen, den man so lange im Tollhause anhalten soll, bis man seiner Besserung vergewissert ist. Das westgalizische Strafgesetz (1796) nahm die Gotteslästerung wieder unter die kriminellen Handlungen auf, knüpfte aber, was bemerkenswert ist, hieran, sowie an die Religionsverbrechen überhaupt, die Bedingung, daß dadurch öffentliches Ärgernis gegeben, eine Verführung oder gemeine Gefahr herbeigeführt wurde. Das Strafgesetz von 1803 und das hiernach revidierte von 1852 sehen von dieser Bedingung ab und lassen sie nur als Erschwerungsgrund gelten. Der Glasersche Entwurf von 1874 hält sich an das geltende Gesetz, erfuhr aber durch den Ausschuß des Abgeordnetenhauses den dem deutschen Strafgesetze entnommenen Beisatz, daß die Gotteslästerung, um strafbar zu sein, in „beschimpfenden Äußerungen“ geschehen müsse. Dieser Beisatz wurde in dem späteren und dem neuesten Entwurfe wieder gestrichen, so daß gegenwärtig das Delikt lautet: „Wer öffentlich Gott lästert, wird mit Zuchthaus oder Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft“. Allerdings wurde im Ausschusse neuerdings die Fassung im Sinne des deutschen Strafgesetzes beantragt, aber von der Mehrheit abgelehnt. In der diesfälligen Motivierung wird gesagt, der Begriff der Gotteslästerung sei ein anderer geworden. Man strafe die Blasphemie heute weder als Beleidigung des höchstens Wesens, noch als Angriff auf die Lehren einer bestimmten Konfession, sondern als einen Akt, der die religiösen Gefühle der Bevölkerung, ohne Rücksicht auf die Glaubensverschiedenheit, tief verletzt und hierdurch die öffentliche Ordnung gefährdet. Die nähere Feststellung des Begriffes der Gotteslästerung im Sinne des heutigen Rechtes sei in Österreich von Theorie und Praxis mit hinlänglicher Klarheit durchgeführt worden und könne dessen weitere Entwicklung, da der Grundgedanke unerschütterlich feststehe, unbedenklich der zukünftigen Theorie und Praxis überlassen werden. Was speziell den Zusatz „in beschimpfenden Äußerungen“ betreffe, so sei damit nur gesagt, was ohnehin zur Lästerung gehöre. Wollte aber damit eine Einschränkung bezweckt werden, so wäre dies aus dem Grunde verfehlt, weil hiernach alle Fälle ausgeschlossen wären, wo in den aus-

gesprochenen Worten zwar keine Beschimpfung enthalten sei, das ganze „Handeln“ aber zweifellos eine Lästerung involviere. Auch die Beschränkung auf den Effekt des Argernisses sei unannehmbar. Es genüge, daß der strafbare Akt geeignet sei, dieses Argerniß, welches man vielleicht besser als „Entrüstung“ bezeichnen könnte, hervorzurufen.

Trotz dieser Argumentation glauben wir dennoch die Ansicht aussprechen zu können, daß auch bei der künftigen Judikatur in Österreich jene Requisite ausschlaggebend sein werden, von denen die deutsche Gesetzgebung bei Feststellung des strafbaren Thatbestandes der Gotteslästerung ausgegangen ist. Zunächst darf als Regel angenommen werden, daß das fragliche Delikt überhaupt nur unter der Voraussetzung, daß es öffentliches Argerniß erregt hat, zur Anzeige gelangt und sohin Gegenstand einer Anklage wird; dann aber wird in solchen Fällen, wenn nach dem konkreten Inhalt der Lästerung gefragt wird, immer ein roher Ausdruck der Mißachtung des höchsten Wesens zum Vorschein kommen, welcher dieses in den Augen anderer herabzuwürdigen geeignet ist und sonach, geschehe es in Worten oder mit der That, der Beschimpfung gleichkommt. Nicht jede Äußerung, mag sie auch im hohen Grade unehrerbietig sein, kommt der Lästerung gleich. So hat der Kassationshof in einem Falle unterm 24. Oktober 1879 entschieden, daß der Ruf: „Du blutiger nackter Heiland, steige herab“, ausgebracht vor dem Bilde des Gekreuzigten, für sich allein einer Gotteslästerung nicht Ausdruck gibt. Überhaupt klingt der Name dieses Deliktes weit fürchterlicher, als es die That in ihrer gewöhnlichen Erscheinung verdient. Wäre dies nicht der Fall, dann hätte auch das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich, dessen Lenkern, wie das Minoritätsvotum in der Angelegenheit bemerkt, doch Gottesfurcht und Frömmigkeit nicht abgesprochen werden kann, und nach ihm das ungarische Gesetz, diese strafbare Handlung nicht auf bestimmte Merkmale beschränkt und nur als Vergehen behandelt. In der That lehrt die Erfahrung, daß man es in der Regel der Fälle — und sie sind an sich selten — mit rohen, beschränkten Individuen aus den untersten Schichten zu thun hat, welche durch ein vorausgegangenes Ereigniß getroffen, in einem Augenblicke höchster Verzagttheit oder Hilflosigkeit jeden logischen Halt verlieren und sich aus ihrer gedrückten Lage zu befreien wähnen, wenn sie das Heiligste, dem sie in ihrem Unverstände die

Schuld an ihrer Lage zumeffen, beschimpfen. Im Grunde sind solche Menschen nicht weniger bemitleidenswert als strafbar. Nicht umsonst erinnert daher der Kassationshof in einer Entscheidung vom 19. Juni 1880 daran, daß die Feststellung des objektiven Thatbestandes der Gotteslästerung das Gericht nicht der Verpflichtung enthebe, zu erwägen, „ob in dem betreffenden Falle dem Angeklagten auch böser Voratz“ zur Last falle, nämlich die Absicht, das höchste Wesen herabzumwürdigen.

Neben der Gotteslästerung zählt der Reg.-Entw. als gleich strafbare Handlungen auf: „Wer öffentlich den Glauben an Gott zu zerstören sucht oder der Religion Verachtung bezeigt“. Das eritere dieser Delikte wurde vom Ausschusse, als leicht zu irrigen Beurteilungen wissenschaftlicher Auseinandersetzungen führend, abgelehnt, und es bleibt daher fraglich, ob dasselbe im weiteren Laufe der Verhandlungen im Gesetze Aufnahme finden wird. Was das letztere Delikt anbelangt, so wurde es zwar von der Mehrheit des Ausschusses angenommen, jedoch unter die nächstfolgenden, minder strafbaren Delikte gereiht. Wir möchten dazu nur bemerken, daß dieses Delikt in seiner allgemeinen Fassung durch die anderweitigen konkreten Bestimmungen, welche das über die Gegenstände der Religion handelnde Hauptstück enthält, entbehrlich erscheinen dürfte. In dem Glaser'schen Entwurfe befand sich keines dieser beiden Delikte. Sie sind auch weder im deutschen, noch in dem diesem nachgebildeten ungarischen Strafgesetze enthalten. Wohl aber hat der Entw. in den §§ 173 und 175 im wesentlichen jene Bestimmungen aufgenommen, welche in den §§ 166 und 167 des deutschen und in den §§ 190 u. 191 des ungarischen Strafgesetzes enthalten sind. Eigentümlich ist nur, daß § 175, Abf. 1 des Entwurfs von der „Verpottung“ kirchlicher Einrichtungen spricht, während die betreffenden Stellen der genannten Gesetze hierfür das Wort „Beschimpfung“ gebrauchen, und auch § 373 des österr. St.G., dem der § 175 des Entw. entnommen ist, neben der Verpottung auch die „Herabwürdigung“ kirchlicher Einrichtungen, Lehren und Gebräuche als Deliktmerkmal aufstellt. Am Schlusse dieser Vergleichen sei übrigens einer bemerkenswerten Äußerung Abegg's gedacht, wonach die ausdrückliche Bezugnahme auf das Religiöse im Rechte für sich allein so wenig verbürgt, daß jenes seinem wesentlichen Inhalte nach gebührenden Eingang gefunden, als der Mangel derselben einen Beweis dafür abzugeben vermag, daß das



Recht die für berechtigt anzuerkennenden religiösen Beziehungen abgeschnitten habe.

\* \* \*

Weit mannigfaltiger noch ist der Unterschied, der in beiden Gebietsteilen in Ansehung der gegen die Sittlichkeit gerichteten strafbaren Handlungen besteht, wie denn überhaupt der Kreis dieser Delikte ein weit größerer ist als jener, der sich auf die Religion bezieht.

In Bezug auf die zweifache Ehe — welcher übrigens im ungarischen Gesetze ein eigener Abschnitt gewidmet ist — folgt sowohl dieses als der österr. Entw. dem Tenor des deutschen Strafgesetzes. Jedoch verhängt das ung. Gesetz hierauf nur dann Kerker bis zu fünf Jahren, wenn der Schuldige den mit ihm in Ehe tretenden Teil in bezug auf den Bestand der früheren Ehe in Irrtum geführt hat.

Im österr. Entw. findet sich noch die Zusatzbestimmung, daß nur Gefängnis bis zu zwei Jahren verhängt werden kann, wenn die erste Ehe ungültig war. In betreff der Seelsorger und Beamten, welche wißentlich zur Eingehung einer Doppelehe mitwirken, sind die beiderseitigen Strafbestimmungen in Übereinstimmung mit dem deutschen Strafgesetze. Dagegen straft das ung. Ges. selbst jenen Seelsorger mit Gefängnis bis zu einem Jahre, dem bei Schließung einer zweifachen Ehe auch nur Fahrlässigkeit zur Last fällt; eine Strenge, deren Grund wohl in den besonderen Verhältnissen des Landes zu suchen ist. Die Strafbarkeit des Ehebruchs knüpft das ung. St.G. an dieselbe Bedingung, wie das deutsche Gesetz; nur straft es das Delikt gelinder (Gefängnis bis zu drei Monaten) und läßt auch im Texte die strafbaren Subjekte — den schuldigen Ehegatten und dessen Mitschuldigen — als selbstverständlich hinweg. Auch enthält es die besondere Bestimmung, daß die Überreichung der Trennungs- oder Scheidungsklage die Verjährung unterbricht, welche jedoch vom Tage der Rechtskraft des Urteils wieder zu laufen beginnt. Nach dem österr. Entw. hingegen ist, in Anknüpfung an das geltende Gesetz, die Strafbarkeit des Ehebruchs keineswegs an die vorgängige Scheidung oder Trennung der Ehe gebunden. Dafür aber findet eine Verfolgung nicht statt, wenn der Ehebruch zu einer Zeit begangen wurde, in welcher die Ehe gerichtlich geschieden und die eheliche Gemeinschaft nicht wieder hergestellt war. Endlich bildet nach österr. Rechte

der Ehebruch kein Antragsdelikt, sondern kann nur über Privatanklage des beleidigten Ehegatten bestraft werden. Dieser Umstand ist insofern wichtig, als hiernach dem beleidigten Teile das Recht zusteht, die Anklage gegen den Haupt- und Mitschuldigen zugleich oder nur gegen einen derselben zu erheben, und im Laufe des Strafverfahrens seine Rechte gegen beide zu verfolgen, oder rücksichtlich beider oder auch nur eines derselben von der Anklage zurückzutreten.

In betreff der Blutschande folgt der österr. Entw. den Bestimmungen des deutschen Strafgesetzes. Nur ist die Klausel weggeblieben, wonach Verwandte und Verschwägerter absteigender Linie straflos bleiben, wenn sie das achtzehnte Lebensjahr nicht vollendet haben. Der Ausschuss des Abgeordnetenhauses motiviert dies dadurch, daß eine solche Bestimmung jede Person unter achtzehn Jahren gleichsam zur Blutschande gesetzlich berechtigen würde (!), abgesehen davon, daß dem Richter ohnehin durch § 61 die Möglichkeit gegeben ist, solche Personen von der Anklage freizusprechen. Der letzte Grund mag gelten, um so weniger aber der erste, der auf einer völligen Verkennung der Absicht des Gesetzgebers beruht. Übrigens werden durch den österr. Entw. die Strafbestimmungen des geltenden Gesetzes bedeutend verschärft, indem dieses das Verbrechen der Blutschande mit Kerker von sechs Monaten bis zu einem Jahre, die Unzucht zwischen Geschwistern und Verschwägerten aber gar nur als Übertretung mit Arrest bis zu drei Monaten bestraft, während der Entw., im Einklang mit dem deutschen Strafgesetze, für das erstere Delikt Zuchthaus bis zu fünf Jahren, und für die letztere Gefängnis bis zu zwei Jahren festsetzt. Das ung. Gesetz wieder nimmt in den Begriff des Incestes nur den Beischlaf und andere unzüchtige Handlungen zwischen Verwandten auf- und absteigender Linie, sowie den Beischlaf zwischen Geschwistern auf. Bei dem letzteren Delikte tritt selbst in dem Falle, als widernatürliche Unzucht zwischen Brüdern vorliegt, die Strafverfolgung nur auf Antrag der Eltern oder des Kurators ein. Der Beischlaf zwischen Verschwägerten ist gar nicht mit Strafe bedroht. Wohl aber bleiben nach Vorbild des deutschen Gesetzes die Verwandten absteigender Linie straflos, wenn sie bei Verübung der Handlung das achtzehnte Lebensjahr noch nicht überschritten haben.

§ 174 des deutschen Strafgesetzes (Unzucht von Personen in besonderen Verpflichtungsverhältnissen) findet vervollständigte Auf-



nahme in dem österr. Entw., fehlt dagegen im ung. Gesetze. Nur als erschwerender Umstand kommen diese Verhältnisse bei gewaltsamer Unzucht, wovon später gehandelt wird, zur Geltung. Der Begriff der widernatürlichen Unzucht, wie ihn das deutsche Strafgesetz aufstellt, ist auch im ung. Gesetze festgehalten. Auch der Glaser'sche Entw. folgte diesem Beispiele. Aber der jüngste österr. Entw. kehrt zur Tradition des geltenden Gesetzes zurück und bestraft überhaupt die Unzucht zwischen Personen desselben Geschlechts. Es ist allerdings logisch, die widernatürliche Unzucht nicht auf eines der beiden Geschlechter zu beschränken. Wenn dies dennoch von Seite der deutschen Gesetzgebung geschah, so wollte damit nicht gesagt werden, daß Unzuchtsakte zwischen Personen des andern (des weiblichen) Geschlechts nicht auch Strafe verdienen. Allein eine lange Erfahrung ließ es nicht als strafpolitisches Bedürfnis erscheinen, diese Art geschlechtlicher Verirrung, welche vielleicht in anderen Ländern und unter anderen Sitten vorkommt, mit Strafe zu bedrohen. In bezug auf die Bestrafung des genannten Delictes ist das ung. Gesetz wieder bedeutend milder, indem es darauf nur Gefängnis bis zu einem Jahre verhängt, während nach dem österr. Entw. Gefängnis überhaupt, somit eine Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren angedroht ist. Daß die widernatürliche Unzucht zwischen Brüdern von dem ung. Ges. als eine Art des Incestes behandelt wird und nur über Antrag der Eltern oder Vormünder gestraft werden kann, ist schon oben bemerkt worden.

Den § 176 des deutschen Strafgesetzes, welcher drei Absätze enthält, trennt der österr. Entw. in zwei Paragraphen. Diese Trennung wurde bereits bei Beratung des 1874er Entwurfes vom Ausschusse vorgenommen, weil demselben Abs. 1 weniger strafbar schien, als die in Abs. 2 und 3 aufgenommenen Delikte (Mißbrauch einer willenslosen Frauensperson zum Beischlaf und unzüchtige Handlungen mit Personen unter vierzehn Jahren). Diese beiden Absätze bilden nun den § 187 des Entw. Dagegen wurde Absatz 1 unter wesentlicher Textänderung als § 198 aufgenommen, und lautet dieser: „Mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder Gefängnis wird bestraft, wer eine Person durch Gewalt oder durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben zur Duldung unzüchtiger Handlungen nötigt, oder solche Handlungen an einer Person vornimmt, welche sich in einem Zustande der Wehr- oder Willenslosigkeit

befindet.“ Vergleicht man diese Bestimmung mit § 176, Abs. 1 des deutschen Strafgesetzes und mit § 189 des vom 1874er Ausschusse modifizierten Glaser'schen Entwurfes, so fällt als Unterschied auf daß in den letzteren beiden immer nur von Frauenspersonen die Rede ist, welche zur Duldung unzüchtiger Handlungen genötigt oder mißbraucht werden, während § 188 des gegenwärtigen österr. Entw. nur von einer Person schlechtweg spricht, sodaß hierunter auch schwerere Fälle von widernatürlicher Unzucht begriffen werden können, wie denn auch das ung. Gesetz im Anschlusse an den Paragraphen, der von der widernatürlichen Unzucht handelt, eine Bestimmung enthält, wonach diese Art der Unzucht begangen zwischen Personen männlichen Geschlechts, unter Anwendung von Gewalt oder Drohungen, als Verbrechen mit Kerker bis zu fünf Jahren bestraft wird.

In dieser Form sind die genannten Delikte sowohl dem deutschen Strafgesetze als dem geltenden österr. Gesetze fremd. Was die Strafe betrifft, so ist sie in den §§ 187 u. 188 des Entw. milder bemessen als im deutschen Strafgesetze. Hier Zuchthaus bis zu zehn, dort nur bis zu fünf Jahren. Völlig gleichlautend mit dem deutschen Gesetze nimmt der österr. Entw. den Begriff und die Strafe der Notzucht auf. Nur findet sich hier der eigentümliche Zusatz, daß die an einer Frauensperson, welche mit ihrem Körper unzüchtiges Gewerbe treibt, verübte Notzucht nur mit Gefängnis nicht unter einem Jahre bestraft wird.

Etwas abweichend behandelt das ung. Gesetz die Handlungen gewaltthamer Unzucht. So macht es daselbst für den Begriff der Notzucht keinen Unterschied, ob der Thäter den Zustand der Bewußt- oder Willenlosigkeit einer Frauensperson, die er in diesem Zustande zum unehelichen Beischlafe mißbraucht, selbst hervorgerufen hat oder nicht. Als Strafe für das Verbrechen der Notzucht verhängt das ung. Ges. Zuchthaus bis zu zehn Jahren, ist daher milder als sein Vorbild, obwohl anderseits bemerkt werden muß, daß in Ungarn die kürzeste Dauer der Zuchthausstrafe zwei Jahre beträgt, während in Deutschland das Mindestmaß dieser Strafart ein Jahr ist.

An das Verbrechen der Notzucht schließt sich im ung. Ges. jenes der „gewaltthamen Unzucht“ an. Daselbe begeht und wird mit Kerker bis zu fünf Jahren bestraft, wer an einer Frauensperson mit Gewalt oder Drohungen, oder wenn sich dieselbe im

Zustande der Bewußt-, Willen- oder Wehrlosigkeit befindet, außer der Ehe unzüchtige Handlungen verübt. Wir finden hiermit den § 176, Abs. 1 u. 2 des deutschen Strafgesetzes wieder, nur mit dem Unterschiede, daß vorsichtsweise bei den unzüchtigen Handlungen der Beisatz: „außer der Ehe“ gemacht ist, was wohl selbstverständlich ist — und daß die bewußte oder willenslose Frauensperson nicht zum Beischlafe, sondern nur zu anderen unzüchtigen Handlungen mißbraucht werden darf, weil im ersteren Falle, wie schon oben erwähnt, nach ung. Gesetze Nothzucht vorläge. Eigentümlicherweise findet sich Abs. 3 des § 176 deutschen Strafgesetzes — unzüchtige Handlungen mit Personen unter vierzehn Jahren — im ung. Strafgesetze nicht aufgenommen. Wohl aber wird nach § 236 daselbst wegen Verbrechens der Schändung mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft, wer mit einem unbescholtenen Mädchen unter vierzehn Jahren geschlechtlichen Beischlaf pflegt. Weiter geht der Schutz, den das deutsche Gesetz und mit ihm der österr. Entw. der jungfräulichen Ehre gewähren. Nach § 182 des deutschen Strafgesetzes und § 192 des Entw. wird nämlich die Verführung eines Mädchens unter sechzehn Jahren zum Beischlafe mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Nach deutschem Gesetz ist es ein Antragsdelikt, nach dem österr. Entw. hingegen kann es nur über Privatanklage der Eltern oder des gesetzl. Vertreters verfolgt werden. Nach ung. Ges. kann außer der Schändung selbst Nothzucht und gewaltsame Unzucht in der Regel nur auf Antrag der Verletzten verfolgt werden, der aber, einmal gestellt, nicht mehr zurückgezogen werden kann. Auch ohne Antrag ist das Strafverfahren einzuleiten: wenn dem Thäter ein zweites, von Amts wegen zu verfolgendes und mit jenem zusammenhängendes Verbrechen zur Last fällt; wenn das Verbrechen den Tod der verletzten Person verursacht hat; oder wenn es von jemandem verübt wird, der in einem besonderen Verpflichtungsverhältnisse zur verletzten Person steht. Noch eine weitere Bestimmung findet sich diesfalls im ung. Gesetze, die kaum in einem anderen europäischen Strafgesetze Aufnahme finden dürfte. Nach § 240 das. bleiben nämlich Nothzucht, gewaltsame Unzucht und Schändung straflos, wenn der Thäter vor Verkündung des Strafurteils die verlegte Frauensperson geehlicht hat. Leider sind wir nicht in der Lage, mitzuteilen, ob ein solcher Fall bereits praktisch geworden.

In Bezug auf die Vorspiegelung des ehelichen Bei-

schlafes folgen sowohl der österr. Entw. als das ung. Gesetz der Bestimmung des deutschen Strafgesetzes, welche, nebenbei bemerkt, sowohl für das hierlands als in Ungarn geltende Recht neu ist. Weniger übereinstimmend in beiden Reichshälften finden wir die Strafbestimmungen über Ruppelei. Selbst der österr. Entw. weicht hierin in wesentlichen Punkten von der Fassung des deutschen Strafgesetzes ab. So sieht derselbe zunächst von einer allgemeinen Begriffsbestimmung ab und straft die Ruppelei nur unter Voraussetzungen, mit denen im gewissem Grade gemeine Gefahr verbunden ist. Es werden daher außer den in § 181 Abs. 1 u. 2 des deutschen Strafgesetzes enthaltenen Fällen noch weiter bestraft: a) wenn der Schuldige polizeilichen Anordnungen zuwiderhandelt, welche bezüglich der Schanddirnen erlassen worden sind; b) wenn eine Frauensperson, welche nicht mit ihrem Körper unzüchtiges Gewerbe treibt, demselben zugeführt wird, und c) wenn eine Person ins Ausland befördert wird, um sie daselbst dem unzüchtigen Gewerbe mit ihrem Körper zuzuführen. Die Strafen sind nach Maßgabe der Gefährlichkeit der aufgeführten Fälle abgestuft und reichen von Gefängnis bis zu sechs Monaten bis zu fünfjährigem Zuchthaus. Nach ung. Ges. hingegen werden wegen Ruppelei mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren nur bestraft: Eltern, welche ihre Kinder, und diejenigen, welche ihrer Vormundschaft, Kuratel, Erziehung, ihrem Unterrichte, beziehungsweise ihrer Aufsicht anvertraute Personen zur Unzucht mit anderen verleiten. Andere Fälle der Ruppelei, namentlich die oben unter a—c aufgeführten, im österr. Entw. vorkommenden enthält das ung. Gesetz nicht.

Nach § 183 des deutschen Strafgesetzes wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder an Geld bis zu fünfhundert Mark bestraft, wer durch eine unzüchtige Handlung öffentlich ein Argernis gibt. Der österr. Entw. erweitert den Thatbestand, indem er sagt, wer durch eine unzüchtige Handlung oder Darstellung öffentlich ein Argernis gibt. Die Strafe ist Gefängnis bis zu einem Jahre oder Geld bis zu 1000 Fl. Im ung. Ges. dagegen heißt es: „Wer durch eine die Schamhaftigkeit verletzende Handlung öffentliches Argernis erregt, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten und an Geld bis zu 200 Gulden bestraft. Wir glauben die ungarische Textierung vorziehen zu sollen, weil damit der Kreis der einschlägigen Handlungen genauer festgestellt ist. Auch den § 184 des deutschen Strafgesetzes (Verbreitung von unzüchtigen

Schriften usw.) finden wir im österr. Entw. etwas erweitert, indem daselbst auch verpönt ist: „Wer vor einer Menschenmenge unzüchtige Reden führt; dann wer unzüchtige Schriften oder bildliche Darstellungen in Druckschriften ankündigt, oder durch Ankündigung in Druckschriften unzüchtige Verbindungen einzuleiten oder „zur Sinnenlust aufzureizen“ sucht“. Den letzten Passus hat der Ausschuß, als zuweit gehend, gestrichen. Das ung. Ges. folgt hingegen dem deutschen Vorbilde. Nur verschärft es die Strafe für die Verfasser, Verfertiger oder Drucker solcher Schriften und Druckwerke, wenn deren Verbreitung mit ihrem Wissen erfolgt. — Eigentümlich ist, daß, während das deutsche Gesetz für die in §§ 183 und 184 enthaltenen Delikte Gefängnis oder Geldbuße verhängt, diese Strafen im ung. Gesetze, wenn auch im ganzen milder, kumuliert werden.

\* \* \*

Überblickt man die hier aufgeführten Einzelheiten, so finden wir in der That wesentliche Unterschiede in den Bestimmungen der beiden Reichshälften. Was namentlich die Religionsdelikte betrifft, so ist, wie wir gesehen, der Kreis derselben im österr. Entw. entschieden weiter gezogen als es im ung. Ges. der Fall ist. Auch sind dort durchaus strengere Strafen angedroht, und einzelne Arten der Religionsstörung, wie z. B. Gotteslästerung als Verbrechen behandelt, während das ung. Gesetz dieselben ausnahmslos nur als Vergehen erklärt. Viel bedeutender noch ist der Unterschied, der sich bei Betrachtung der gegen die Sittlichkeit verstößenden Delikte ergibt. Neuerdings zeigt sich, daß die ung. Gesetzgebung den Kreis dieser Delikte viel enger gezogen hat, als dies von der österreichischen Legislation geschehen ist. Die Strafbarkeit unsittlicher Handlungen ist dort bedingt, daß dadurch gleichzeitig Rechte dritter Personen verletzt werden, oder daß der Thäter in einem besonderen Verpflichtungsverhältnisse zur mißbrauchten Person steht, oder daß mit der Handlung gemeine Gefahr oder weit reichendes Sittenverderbnis verbunden ist. Nach diesem Maßstabe gemessen fehlen daher im ungarischen Strafgesetze manche Bestimmungen, welche der österr. Entwurf aufzunehmen für angemessen erachtet hat. Abgesehen hiervon herrscht auch bezüglich der Strafverfolgung zwischen den beiden Gesetzesarbeiten ein bedeutender Unterschied. Während nach dem österr. Entw. nur die Vorpiegelung des ehe-

lichen Beischlafes, der Ehebruch und die Verführung eines Mädchens unter sechzehn Jahren der öffentlichen Anklage entzogen sind, legt das ung. Gesetz grundsätzlich das Recht der Verfolgung auch bei den Verbrechen der Notzucht, der gewaltsamen Unzucht und der Schändung in die Hände der verletzten Person oder deren gesetzlicher Vertreter. Ja es räumt, wie wir gesehen, diesen Personen sogar die Möglichkeit ein, die Straflosigkeit des Thäters herbeizuführen, wenn sie vor Verkündigung des Strafurteils mit demselben eine eheliche Verbindung eingegangen sind; eine Maßregel, die sowohl dem deutschen als österr. Gesetze völlig fremd ist und über deren Zweckmäßigkeit erst die Erfahrung ihr Urteil abzugeben haben wird.

Was endlich die beiderseitigen Strafandrohungen auf dem Gebiete der Sittlichkeitsdelikte betrifft, so ergibt sich bereits aus der Einschränkung, welche die ungarische Gesetzgebung dem Kreise dieser Delikte und deren strafgerichtlicher Verfolgung gegeben hat, die Folge, daß das dortige Gesetz auch die betreffenden Strafen fast ausnahmslos gelinder bemessen hat, als dies im österr. Entwurfe der Fall ist, wozu noch kommt, daß dem ungarischen Richter nach § 92 des dortigen Strafgesetzes ein weitgehendes Milderungsrecht eingeräumt ist, wonach er nach Umständen nicht nur auf den niedrigsten Satz der angedrohten Strafart herabgehen, sondern auch die nächstfolgende gelindere Strafart bis zum niedrigsten Ausmaße derselben anwenden kann.